

„UNTER PALMEN AM CHIEMSEE?“ – DER KLIMAWANDEL UND SEINE MÖGLICHEN FOLGEN:

*Vortrag von Otto Steinmetz, Mitglied des Vorstands der
Dresdner Bank AG sowie Vorsitzender der Allianz Climate
Core Group, Frankfurt am Main.*

Es freut mich sehr, dass ich heute aus der Sicht eines integrierten Finanzdienstleisters zum Thema Klimawandel zu Ihnen sprechen kann.

Meine erste These aus finanzwirtschaftlicher Sicht lautet: Die Bedrohung durch den Klimawandel ist bereits Realität.

40 Prozent aller Schäden in der Versicherungsbranche weltweit sind klimabedingt. Aber bei weitem nicht alle Werte auf der Welt sind versichert. Weil Sie gerade über den Staat gesprochen haben: gerade der Staat müsste großes Interesse an Vorbeugung haben, denn die meisten Assets, die meisten Aktiva, die wir hier in der Bundesrepublik haben, stellen die Infrastruktur oder öffentliche Gebäuden dar, sind Eigentumswerte – des Staates. Der Staat aber sind wir und die Versicherungsprämien des Staates sind eigentlich die Steuern, die er nachträglich erhebt.

Allein durch den Wintersturm Kyrill sind der Allianz Schäden in Höhe von 350 Mio. Euro entstanden. Doch die Allianz ist nicht nur ein Versicherungskonzern. Zu ihr gehört auch eine Bank, und damit sind auch Hypotheken in ihren Büchern, die wiederum über die Gebäude abgesichert sind, für die sie aufgenommen wurden. Wegen Hochwasserschäden fallen aber immer mehr Gebäude als Sicherheiten aus.



Zusätzlich verstärkt wird dieses Problem dadurch, dass in Hochwasserregionen mit hoher Schadenswahrscheinlichkeit kein Versicherungsschutz zu tragbaren Prämien angeboten werden kann. Wenn aber kein Versicherungsschutz besteht, können die Banken auch nicht finanzieren – es sei denn, bei der Finanzierung werden andere Vermögenswerte der Kreditnehmer einbezogen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass die Laufzeiten von Krediten immer länger werden. So lag jüngst ein Kreditantrag von einer Private Equity Firma für die Finanzierung des Kaufs von Flughäfen in Südeuropa mit einer Laufzeit von 30 bis 40 Jahren vor. Bei solchen Finanzierungen sind Klimaerwägungen durchaus angebracht, denn die Umsätze dieser Flughäfen müssen für einen Zeitraum von 40 Jahren simuliert werden. Derartige Prognosen werden wegen der Auswirkungen des Klimawandels aber immer unsicherer. Derzeit gehen sicher mehr Flüge nach Südeuropa, als von dort in den Rest der Welt.

Touristenströme werden sich aber wahrscheinlich umkehren und ein heutzutage ausgelasteter Ferienflughafen könnte in 30 Jahren kaum noch Umsatz vorweisen. Damit wäre die Rückzahlung derartiger Kredite z. B. massiv gefährdet.

Aber auch in der jüngeren Vergangenheit finden wir bereits Beispiele für wirtschaftliche Bedrohungen durch den Klimawandel. Bedenken Sie, was mit Wal-Mart passiert ist, als Katrina bei New Orleans zugeschlagen hat, oder mit der Swiss Re, deren Aktien allein am Tag dieses Ereignisses 824 Mio. Euro an Wert verloren.

Meine nächste These ist: Klima- und Umweltpolitik werden entscheidend von Ziel- bzw. Interessenskonflikten geprägt.

Darin liegt aus meiner Sicht eine der größten Herausforderungen. Wir müssen die Zielkonflikte schnell lösen, um angesichts der Bedeutung dieses Problems nicht mehr Zeit zu verlieren als nötig.

Ein solcher Interessenskonflikt besteht etwa zwischen Landwirtschaft und Umwelt. So werden durch die riesigen Viehbestände weltweit zwar erhebliche Gewinne erzielt, gerade intensiv betriebene Viehwirtschaft aber führt zu sehr hohen Methan-Emissionen. Und Methan ist ein um vieles wirksames Treibhausgas als CO₂.

Es war bereits die Rede vom Flächenverbrauch und der Verbreitung von Monokulturen. Wenn wir glauben, wir könnten unsere hohe Mobilität dadurch retten, dass wir die derzeit verwendeten Treibstoffe durch Biodiesel und Ethanol ersetzen, dürften weder genügend Flächen für nahrungsmittelbezogene Nutzung noch für Siedlungen übrigbleiben.

Die Siedlungsproblematik zeigt sich aber auch an einem anderen Punkt: Der Mensch siedelt von alters her gerne in der Nähe von Gewässern. An Häfen finden sich daher meist die größten Ansiedlungen, deren riesige Lichtermeere sich nachts vom Flugzeug aus bestaunen lassen. Dass die Situation vieler Hafenstädte bei einem Anstieg der Meeresspiegel kritisch wird, liegt auf der Hand. Klassische Siedlungsorte sind von den Folgen des Klimawandels – wie Fluten und Stürmen – bedroht.

Ein weiterer Zielkonflikt ist der zwischen Mobilität und einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes, denn uneingeschränkte individuelle Mobilität verursacht hohe Emissionen. Umweltfreundliche Arten der Fortbewegung aber beschränken die Mobilität. Auch darüber müssen wir sprechen. Das Problem, dass der Verkehr den Klimawandel beschleunigt, werden wir nicht dadurch lösen können, dass wir ein Tempolimit erlassen. Ein Tempolimit verringert die Emissionen vielleicht um 2 Prozent. Eine Verlangsamung des Verkehrs erhöht letztendlich aber den Bedarf an PKWs und Lagerkapazitäten bzw. führt zu einer weiteren Zunahme des LKW-Verkehrs.

Lassen Sie mich dies an einem anderen Beispiel demonstrieren: Der gesamte Schiffsverkehr der Welt stößt zusammen etwa gleich so viel CO₂ aus wie die bereits stark diskutierte Luftfahrtbranche. Daher gibt es zur Zeit Überlegungen für eine Art Tempolimit auf See. Auf diese Weise würde zwar der CO₂-Ausstoß deutlich reduziert, aber im Gegenzug würden mehr Schiffe benötigt, um die gleiche Gütermenge zu bewegen. Wir müssen uns daher sehr genau überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, andere Antriebstechniken und Treibstoffe zu entwickeln.

Schließlich verbrennen Frachtschiffe genau das, was den höchsten CO₂-Ausstoß unter den Treibstoffen ausweist, nämlich schwerstes Dieselöl. Auch sollten wir hinterfragen, ob Flugbenzin weiterhin steuerlich begünstigt bleibt. Zudem ist es in meinen Augen unsinnig, dass einige Kommunen Steuermittel für die Förderung neuer Regionalflughäfen einsetzen.

Aber: nicht alles, was das Klima schützt, ist notwendigerweise auch gut. So darf die Bekämpfung des Klimawandels – die Presse hat das Thema bereits aufgegriffen – nicht mit einer Verteuerung und in der Folge Verknappung von Lebensmitteln in den Entwicklungs- und Schwellenländern erkaufte werden. Auch ist es in meinen Augen nicht akzeptabel, als Nahrungsmittel geeignete Nutzpflanzen als Energiequelle zu nutzen, solange es in großen Teilen der Welt Hunger gibt.

Darüber hinaus kann auch die Gewinnung erneuerbarer Energien zu Umweltschäden führen. Ein Beispiel dafür ist der Dreischluchten-Damm in China, eine der größten Talsperren der Welt, an dem es massive Kritik gab: Alles, was hier an Wäldern und Pflanzen überflutet wurde, verfault erst einmal über viele Jahre hinweg, und das treibt den Methan-Ausstoß in die Höhe – ganz zu schweigen von der Zerstörung von Lebensraum und der Gefährdung der Artenvielfalt.

Andererseits ist der Klimawandel auch ein Business Case, denn der Transfer von Risiken ist ein zentraler Bestandteil des Finanzgeschäfts. So sind beispielsweise Hersteller und Lieferanten der Komponenten von Windrädern, die erneuerbare Energie erzeugen, zur Zeit sehr erfolgreich. Das spiegelt sich auch an den Kapitalmärkten wider. Dabei ist vor allem die deutsche Windkraftindustrie ein weltweit begehrter Lieferant. Es bieten

sich infolge des Klimawandels also auch eine Reihe von Geschäftschancen und dies sowohl im Bereich der Finanzierung von Anlagen für die Gewinnung erneuerbarer Energien als auch im Emissionshandel. Auch kann man heute Wetter-Derivate kaufen, man kann sich finanziell davor schützen, dass der Wind in einem Windpark einmal schwächer oder gar nicht bläst oder man kann sich gegen längere Hitzeperioden versichern – all dies gibt es bereits.

Die Allianz als integrierter Finanzdienstleister agiert auf allen drei von mir erwähnten Geschäftsfeldern: im Bereich von Banken und Versicherungen sowie im Asset Management.

Bei der Einschätzung der Folgen des Klimawandels für die Finanzwirtschaft kooperiert die Allianz eng mit dem WWF. Gemeinsam wurden bereits mehrere vielbeachtete Studien zu diesem Thema veröffentlicht. Die Allianz Gruppe beabsichtigt, ihre Kernaktivitäten auf erneuerbare Energien zu konzentrieren: Versicherung von Energieprojekten gegen wesentliche Risiken, darunter klassische Bereiche wie Haftpflicht und Feuer, aber auch – was immer wichtiger wird – Unterbrechungen betrieblicher Aktivitäten. Bei vielen dieser Projekte werden CO₂-Zertifikate generiert, allerdings nur, wenn ein Projekt wirklich realisiert wird. Auch dieses Risiko ist versicherbar. Der Erlös aus dem Verkauf dieser Zertifikate wiederum dient als ein Element der Finanzierung des Projektes. Die Bank stellt weiteres Fremdkapital zur Verfügung. Über die Vermögensverwaltung werden nachhaltige, das heißt nach ökologischen Kriterien investierende Fonds aufgelegt. Über Allianz Capital Partners stellt die Gruppe Eigenkapital, sogenanntes „venture capital“ bereit.

Mit dem Allianz Center for Technology (AZT) prüfen erfahrene Ingenieure derartige Projekte aber auch Technologien hinsichtlich ihrer Belastbarkeit, Nachhaltigkeit und Funktionsfähigkeit.

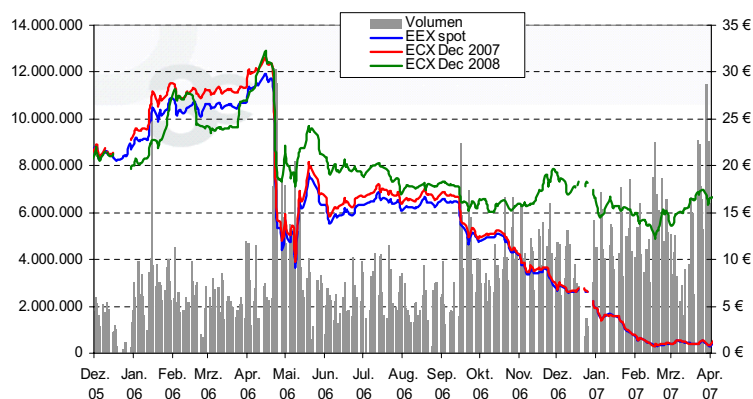
Sie werden jetzt sagen: Da redet ein typischer Banker. Am Ende geht es nur darum, Geld zu verdienen. Dem möchte ich widersprechen, denn jeder, der die Wärmedämmung seines Hauses verbessert, jeder Landwirt, der ein Windrad auf sein Feld stellt oder jeder Pendler, der statt mit dem Auto mit der Bahn zur Arbeit fährt, handelt nicht nur altruistisch, sondern maximiert auch seinen eigenen Nutzen.

Auf dem Klima-Forschungsgipfel von Frau Bundesministerin Dr. Schavan wurde gestern bestätigt, dass sich Investitionen in die Wärmedämmung von Gebäuden innerhalb von 2 bis 3 Jahren amortisieren. Ich finde es daher sehr wichtig, was die Bundesregierung in Bezug auf die Zertifizierung von Immobilien getan hat. Dies wird dazu beitragen, dass man in Zukunft Häuser ebenso nach Energiemaßstäben kauft wie heute Waschmaschinen. Ein Haus der Klasse C hat dann einfach einen geringeren Wert. Mieter werden zunehmend in Häuser mit niedrigeren Nebenkosten ziehen. Auch auf diese Weise läßt sich das Vermieter-Mieter-Problem lösen und Vermieter werden zunehmend in Maßnahmen zur Energieeinsparung investieren müssen.

Im Setzen von finanziellen Anreizen liegt der Schlüssel, um das Verhalten von Unternehmen und das jedes Einzelnen zu ändern. Die Politik sollte aufhören, den Menschen z. B. vorzuschreiben, welche Glühbirnen sie zu benutzen haben. Sie sollte stattdessen dafür sorgen, daß kenntlich gemacht wird, wieviel Energie diese verbrauchen. Das

ist jetzt geschehen. Was wir brauchen, sind Vorgaben der Politik für marktwirtschaftliche Lösungen, nicht technische Vorschriften. Letztere haben in der Geschichte der Menschheit selten etwas gebracht.

Dies zeigt sich auch beim Thema Emissionshandel. Warum ich der festen Überzeugung bin, dass wir den Emissionshandel stärken müssen, können Sie der Grafik entnehmen. Die rote Kurve zeigt die Entwicklung der Preise von CO₂-Zertifikaten. Ein Zertifikat steht dabei für eine Tonne CO₂ während der ersten Verpflichtungsperiode, die Ende dieses Jahres ausläuft. In der Spitze lag der Preis pro Tonne mal bei über 30 Euro, heute bei ca. 60 Cent.



Daraus folgt: Der Markt hat funktioniert. In der ersten Periode haben Politiker dem Druck der Lobbyisten nachgegeben und mehr Zertifikate zugeteilt als benötigt wurden. Der Markt aber war anfangs davon ausgegangen, die Zuteilung der Zertifikate sei knapp ausgefallen, so dass die Unternehmen weitere Zertifikate zukaufen müssten – was ja gewünscht ist. Als dann einzelne Länder unkoordiniert ihre Emissionsdaten veröffentlichten und zum Teil hohe Überschüsse bekanntgaben, hat dieses Überangebot die Preise zusammenbrechen lassen.



Ein weiterer Fehler bestand darin, dass die Zertifikate nicht über die Verpflichtungsperiode hinaus gelten, sondern Ende 2007 wertlos verfallen. Die Zertifikate müssen in Zukunft über die Verpflichtungsperioden hinaus gültig bleiben, denn die Projekte haben meist Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren. Wir treten auch für die Versteigerung von Zertifikaten ein. Dies ist der marktwirtschaftliche Weg zur Schaffung der Anreize für kohlenstoffarme Technologien. Die Regierung hat nun beschlossen, mit 10 Prozent zu beginnen. Das ist ein erster Schritt. Auch kann der Staat überlegen, wie er diese Auktionserlöse einsetzt. Lässt er sie in den normalen Haushalt einfließen oder verwendet er sie zur Förderung erneuerbarer Energien und anderer Dinge oder gibt er sie vielleicht an die Stromkunden zurück?

Bemühungen um den Klimaschutz können nur nachhaltig Erfolg haben, wenn sie global wirken. Die USA mit einem Anteil von nur 5 Prozent an der Weltbevölkerung sind für 25 Prozent des CO₂-Ausstoßes verantwortlich. Wenn die USA nicht mit am Tisch sitzen, werden auch China und Indien nicht überzeugt werden können. Das Kyoto-Protokoll oder eine entsprechende Anschlussvereinbarung muss weltweit gelten. Auch werden beim Emissionshandel derzeit nur rund 15 Prozent der CO₂-Emissionen erfaßt. Ziel ist daher, den Handel mit CO₂-Zertifikaten auf weitere Sektoren auszuweiten und andere Staaten einzubeziehen.

Industrieländer sind Vorreiter. Sie waren es in Bezug auf CO₂-Emissionen lange Zeit in negativem Sinne. Ich denke, wir haben eine Chance, unsere Vorreiterrolle ins Positive zu wenden. Mit unserer bisherigen Lebensweise und unserem Konsumverhalten

haben wir auf andere in vieler Hinsicht als Vorbild gewirkt. Denken Sie beispielsweise daran, dass die Chinesen, die früher weder Milch noch Käse kannten, heute zu den größten Importeuren von deutschem und französischem Käse zählen, oder dass in China, wo früher kein Kaffee getrunken wurde, Starbucks heute gute Geschäfte macht. Unsere Konsumgewohnheiten wurden in vielen Ländern übernommen. Wir haben moralisch nicht das Recht, diesen Ländern wirtschaftlichen Fortschritt und die Mehrung ihres Wohlstands zu verwehren.

Gerade für Deutschland mit seiner technologischen Vorreiterrolle bieten sich mit der sog. „Dritten Industriellen Revolution“, an die mittlerweile auch die Politik glaubt, riesige Chancen. Wir haben heute viel von Verlusten gehört. Ich glaube aber, dass Deutschland wie kaum ein anderes Land auf der Welt imstande ist, von Klimaschutzbemühungen zu profitieren, wenn wir unseren technologischen Vorsprung ausbauen, unsere Forschung stärken und auf Innovation setzen.

Komplexe technische Verfahren versperren oft die Sicht auf sogenannte „low hanging fruits“. Ich stehe daher Forschungsprojekten wie z. B. der Abscheidung und Lagerung von CO₂ eher zurückhaltend gegenüber. Das Akzeptanzproblem der Lagerung ist ebenso ungelöst wie bei der Kernkraft. Aber selbst wenn es gelöst wäre, bräuchte man mindestens 10 Jahre, bis die entsprechende Technologie serienreif wäre.

Wir sollten uns daher zunächst auf naheliegende Ziele konzentrieren und uns beispielsweise verstärkt um einen besseren Schutz der Regenwälder vor Brandrodung sowie um Aufforstung bemühen. Natur-

lich sollten wir auch ernsthaft damit anfangen, Energie zu sparen. Vor allem aber müssen wir uns verstärkt um den Auf- und Ausbau einer Infrastruktur bemühen, die mit geringeren Kohlendioxid-Emissionen auskommt. Hier ist viel versäumt worden. In diesem Zusammenhang ärgert besonders, dass den deutschen Unternehmen seinerzeit gestattet wurde, ihre teure Lagerhaltung durch die „Just in Time“-Anlieferung auf die Straße zu verlegen.

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien. Dennoch bin ich der Meinung, dass wir die Kernkraftwerke mit hohem Sicherheitsstandard – wie in Deutschland – als eine Brückenlösung weiter betreiben sollten. Die Kostenvorteile, die Atomstrom anderen Energien gegenüber bietet, sollten allerdings abgeschöpft und in die Entwicklung kohlenstoffarmer Lösungen investiert werden.

Erlauben Sie mir, zum Abschluss meiner Rede ein wenig persönlich zu werden, indem ich Sie frage: Welche Werte befinden sich in Ihrem Anlageportfolio? In welche Anlageprodukte investiert Ihr Versicherer? Ist Ihr Vermögen klimasicher? Investieren Sie in Zertifikate oder Papiere, hinter denen auch nachhaltig wirtschaftende Unternehmen stehen?

Und als letzte Frage: Kennen Sie Ihren persönlichen ökologischen Fußabdruck?

Jeder von uns kann sich über sein Tun Rechenschaft ablegen. Der Fortschritt liegt in unserer Hand.